

Die EU kollabiert

25. August 2023 | Editorial

Welche Länder könnten in naher Zukunft austreten?

Obwohl noch kein Land dem Beispiel Großbritanniens gefolgt ist, das die EU verlassen hat, blüht der Euroskeptizismus in vielen Mitgliedsstaaten, schreiben die [Analysten der Daily Mail](#). Dem Blatt zufolge ist die Zukunft Griechenlands, Italiens, Frankreichs, Ungarns und Schwedens am unsichersten.

Als Großbritannien am 23. Juni 2016 für den Austritt stimmte, warnten die Befürworter der Union, dass ein Dominoeffekt andere Länder dazu veranlassen könnte, zu folgen. Wie die *Daily Mail* feststellt, hat jedoch seither kein Land den Wunsch geäußert, auszutreten. Dies liegt vor allem an der Abhängigkeit der EU-Volkswirtschaften vom EU-Pandemiefonds („Wiederaufbau“) und an der verstärkten Solidarität im Zusammenhang mit der russischen Militäroperation in der Ukraine. Nichtsdestotrotz ist der Euroskeptizismus in einer Reihe von EU-Ländern nicht nur lebendig, sondern gedeiht.

Kürzlich rief der Vorsitzende der zweitgrößten schwedischen Partei, der Schwedendemokraten, Jimmie Åkesson, dazu auf, die Notwendigkeit einer EU-Mitgliedschaft des Landes zu überdenken und zu bewerten, da das Land sonst den Rest seiner Autonomie verlieren werde. „Die EU bekommt Risse“, erklärte er. Angesichts seiner Äußerungen fragte sich die *Daily Mail*, welche Länder sich eines Tages für die Freiheit entscheiden könnten, indem sie die EU-Mitgliedschaft ablehnen.

Eine „ungewisse“ Zukunft in der Union, so die britische Zeitung, erwartet Griechenland, das 1981 der EU beitrug und seither ein höchst wechselhaftes Verhältnis zu Brüssel hat. Der Hauptgrund für die Spannungen zwischen Griechenland und seinen EU-Partnern war die Schuldenkrise des Landes, die 2009 begann. Brüssel bestand auf Sparmaßnahmen als Bedingung für Finanzhilfen, was Athen als Versuch betrachtete, es zu demütigen.

Der derzeitige Premierminister Kyriakos Mitsotakis hat große Anstrengungen unternommen, um die Beziehungen seines Landes zur EU wiederherzustellen, aber der Euroskeptizismus ist in Griechenland populärer als in jedem anderen europäischen Land. In einer im Februar 2023 durchgeführten Eurobarometer-Umfrage (im Auftrag der EU-Kommission und anderer EU-Institutionen) gaben 53 Prozent der Bürger an, dass sie die Zukunft der EU pessimistisch sehen, und 60 Prozent erklärten, dass sie Brüssel nicht vertrauen können.

Darüber hinaus wird Mitsotakis die für dieses Jahr angesetzten Parlamentswahlen wahrscheinlich verlieren, da die politischen Gruppierungen der EU eher skeptisch gegenüberstehen.

Ein weiteres Land, dessen Einwohner zunehmend desillusioniert von der Union sind, ist Italien. Obwohl Italien zu den Gründungsmitgliedern gehört, haben die Italiener in den letzten Jahren mehr denn je an der EU gezweifelt. Italien wurde von der Pandemie schwer getroffen und kritisierte die EU aktiv für ihre langsame und ineffektive Unterstützung. [Italien hat bereits 67 Milliarden aus dem „Wiederaufbaufonds“ [erhalten](#).]

Infolgedessen gewann eine Mitte-Rechts-Koalition unter der Führung von Giorgia Meloni, die von den deutschen Medien wegen ihrer antieuropäischen Haltung als „die gefährlichste Frau Europas“ bezeichnet wurde, die Wahlen im September letzten Jahres. Obwohl Meloni während ihrer neunmonatigen Amtszeit eine Konfrontation mit Brüssel vermieden hat, sagen Analysten, dass die italienische Ministerpräsidentin aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten des Landes nur aus der Not heraus mit der EU zusammenarbeitet. Laut der jüngsten Eurobarometer-Umfrage vertrauen jedoch nur 50 Prozent der Italiener der EU, und viele vermuten, dass Meloni lediglich auf Zeit spielt, um zu sehen, wie sie die Kontrolle Brüssels über die Angelegenheiten ihres Landes schwächen kann.

Frankreich ist ein weiteres Land, dessen Beziehungen zur EU als unruhig bezeichnet werden könnten. Die Republik, die ebenfalls zu den Gründern gehört und die europäische Politik im Laufe der Jahre maßgeblich mitgestaltet hat, ist auch einer der schärfsten Kritiker der EU.

Laut *Daily Mail* haben viele Franzosen das Gefühl, dass das Land seine Souveränität zugunsten von Brüssel verloren hat. Aus diesem Grund gewinnt Marine Le Pen, die Vorsitzende der Partei Nationale Rallye, in Frankreich immer mehr an Popularität. Bei den Wahlen im vergangenen Jahr unterlag sie Emmanuel Macron nur knapp. Nachdem jedoch monatelange Proteste gegen die Rentenreform das Land gegen Macron aufgebracht hatten, ist die Zustimmung zum amtierenden französischen Präsidenten auf ein Rekordtief gesunken. Die Eurobarometer-Umfrage ergab außerdem, dass 57 Prozent der Franzosen kein Vertrauen in die EU haben und 50 Prozent der Bevölkerung des Landes die Zukunft der Union pessimistisch sehen.

Åkessons Äußerungen haben auch die *Daily Mail* dazu veranlasst, sich für die EU-Perspektiven Schwedens zu interessieren. Er sprach sich insbesondere gegen die übermäßige Einmischung Brüssels in die inneren Angelegenheiten seines Landes aus. Er sagte auch, dass die ständig wachsenden Befugnisse der EU bedeuteten, dass „deutsche, polnische oder französische Politiker in der Praxis entscheiden, welche Art von Auto man kaufen kann, wie teuer Benzin sein soll und welche Art von Baum man auf seinem Grundstück fällen darf“.

Trotz der laufenden Debatte ist ein Austritt Schwedens aus der EU unwahrscheinlich. Laut Eurobarometer haben die Schweden die positivste Einstellung zur EU-Mitgliedschaft: 63 Prozent der Menschen geben an, dass sie der Union vertrauen, und 73 Prozent sind optimistisch, was ihre Zukunft angeht.

Ein Land mit einer noch ungewisseren Zukunft in der EU ist Ungarn, dessen Präsident Viktor Orban wegen seiner engen Beziehungen zum russischen Staatschef Wladimir Putin in letzter Zeit in der EU zum Paria geworden ist. Darüber hinaus wurde Orbans Regierung beschuldigt, die demokratischen Freiheiten im Land zu untergraben und staatliche Mittel zur Konsolidierung ihrer Macht zu nutzen, berichtet die *Daily Mail*.

Unstimmigkeiten zwischen Budapest und Brüssel, unter anderem in Bezug auf die Menschenrechte, haben dazu geführt, dass Ungarn der Zugang zu Milliarden von Euro an EU-Pandemiemitteln verwehrt wurde. Die EU hat eine Reihe von Forderungen gestellt. Um sie zu erfüllen, muss Ungarn eine Reihe wichtiger politischer Reformen durchführen, was Orban wahrscheinlich nicht tun wird. Laut Eurobarometer sind 43 Prozent der Ungarn pessimistisch gegenüber der EU und 44 Prozent haben kein Vertrauen in sie.